

naler Courtoisie und auf den ausdrücklichen Wunsch der Regierung« unternommen⁸. Vor diesem Hintergrund verdient schließlich die von Prof. Ludwig Stein im Frühjahr 1912 durchgeführte, mit der Reichsregierung abgestimmte und in der Zeitschrift »Nord und Süd« publizierte Verständigungsaktion mit Großbritannien, der entsprechende Good-will-Aktionen mit Rußland und Frankreich folgen sollten, als neuartiges — und sicher kulturpolitisches — Instrument außenpolitischer Spannungsminderung besonderes Interesse. Demgegenüber nahmen sich die offiziellen initiierten Projekte deutscher aK vor 1914 verhältnismäßig bescheiden aus, auch wenn sie einer zeitgenössischen Dokumentation zufolge immer noch beträchtlichen Umfang besaßen⁹. Auch im Weltkrieg brach eine den Namen verdienende aK nicht vollständig ab, hält man sich etwa das vom AA inspirierte, für die neutralen USA verfaßte Sammelwerk »Deutschland und der Weltkrieg« vor Augen¹⁰. Den Ergebnissen Düwells ist also für die Zeit der Weimarer Republik in vollem Umfang zuzustimmen, doch sollte künftig die Entwicklung aK im Vorkriegsdeutschland nicht nur als kurzes Vorspiel, vielmehr als bedeutsame, wenn auch im staatlichen Archivgut nur begrenzt faßbare Strömung gesehen werden, die in einen breiten internationalen wie innenpolitischen Kontext einzugliedern ist.

Rüdiger vom Bruch

Michael Wolffsohn, *Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930—1934* (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 30), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1977, 504 S., kart., 116 DM.

Schon mehrfach ist inzwischen die deutsche Arbeitsbeschaffungspolitik in der Weltwirtschaftskrise 1930 ff. untersucht worden. Wolffsohn weist indessen mit einigem Recht darauf hin, daß »die Fragen: Welche sozialen Gruppen waren an der Arbeitsbeschaffung besonders interessiert, welche Motive lagen ihren Vorschlägen zugrunde und welchen Nutzen zogen sie aus der konkreten Arbeitsbeschaffungspolitik? bislang nur in allgemeinen Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik [...] indirekt beantwortet wurden« (S. 16) — zumindest was die Haltung der Großindustrie, der »mittleren Industrie« und des Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, anlangt. Im Mittelpunkt der hier vorgelegten Untersuchung steht die Frage, »ob und inwieweit diese drei Gruppen versucht haben, die staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik in ihrem Interesse zu beeinflussen und wie erfolgreich sie dabei waren« (S. 16 f.). Dabei solle — gemäß der dritten eingangs zitierten Frage — »interessenkritisch« vorgegangen werden, müsse doch »die von den betroffenen Wirtschaftsgruppen und Politikern beanspruchte Funktion der Arbeitsbeschaffung [...] mit der ›tatsächlichen‹ — so wie sie dem nachträglichen Beobachter erscheint — verglichen werden [...]. Freilich« — so wird überaus vorsichtig eingeräumt — sei »›die‹ tatsächliche Funktion wohl ebensowenig zu ermitteln [...] wie die absolute Wahrheit« (S. 17). Zur Beantwortung der eingangs formulierten Fra-

8 A. v. Harnack an Bülow, 11.11. 1907, Nachlaß Harnack, Deutsche Staatsbibliothek Berlin [DDR], Handschriftenabteilung.

9 Vgl. Hochschul-Nachrichten, Jg. 24, 1913/14, H. 278—283, Jg. 25, 1914/15, H. 300, Jg. 26, 1916/17, H. 301—306. Der in Professorenkreisen umstrittene, finanziell über Vorlesungsanzeigen vom preußischen Kultusministerium protegierte Herausgeber P. v. Salvisberg hatte sich seit 1910 wiederholt für eine Intensivierung deutscher aK eingesetzt.

10 *Deutschland und der Weltkrieg*, hrsg. von O. Hintze, F. Meinecke, H. Oncken, H. Schumacher, 1915. Die Entstehungsgeschichte des Werkes läßt sich genau rekonstruieren über die Teilnachlässe Delbrück im Bundesarchiv Koblenz und in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin [DDR] sowie Teilnachlaß G. v. Schmoller, HStA Wiesbaden, Abt. 1088.

gen, die — auf die drei genannten Wirtschaftsgruppen zugeschnitten — nicht mehr ganz so offen anmuten, fällt doch z. B. die Arbeitnehmerschaft aus dem Raster heraus, hat Wolffsohn — neben einer umfassenden Publizistik-Auswertung — reichhaltige unveröffentlichte Quellenbestände herangezogen; so stützt er sich u. a. auf — im Quellenverzeichnis sehr global aufgeführte — Materialien aus dem Bundesarchiv Koblenz (vor allem: Reichskanzlei, Reichsfinanzministerium, Wirtschaftsgruppen und die Nachlässe Frowein, Kastl und Silverberg), aus dem Militärarchiv Freiburg/Br. (vor allem: Nachlaß Schleicher), aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, aus dem Archiv für Kommunalwissenschaft und aus mehreren Firmenarchiven (Bayer, BASF, Gutehoffnungshütte und Krupp) sowie dem Privatarchiv Eric M. Warburg.

Die zentrale Frage der Untersuchung Wolffsohns lautet also: »War die staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik Funktion des Drucks, den die Untersuchungsgruppen auf die politischen Entscheidungsträger ausübten?« (S. 24). Diese Frage scheint jedoch zumindest mißverständlich formuliert zu sein, bedürften doch vielmehr das Unterbleiben einer aktiven Arbeitsbeschaffungspolitik unter Brüning, die zögerliche Haltung Papens und die Behinderung Schleichers einer Erklärung; mit anderen Worten: Ist nicht unter Umständen die Verspätung, mit der — entgegen den Forderungen der Freien Gewerkschaften — Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeleitet wurden, auf den Druck von wirtschaftlichen Interessengruppen zurückzuführen? Stimmt nicht die Regierungen Brüning und Papen mit der unternehmerisch-wirtschaftsliberalen Hoffnung auf die »selbstheilenden Kräfte« einer nicht durch gesetzliche Lasten behinderten Privatwirtschaft überein? Überdies: Geht nicht die Frage nach dem »Druck« von Wirtschaftsgruppen auf die Regierungspolitik, nach dem Grad der Kommunikation zwischen Verbänden und Regierung zum Teil an dem Vorsatz vorbei, die »bisherigen Antworten [der Forschung] zu überprüfen und in den übergeordneten Zusammenhang des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft zu stellen« (S. 16)? Denn die Frage eines etwaigen systembedingten Zusammenhangs zwischen privatkapitalistischer Verfügung über Produktion und Investition, staatlicher Wirtschaftsankurbelung und Beschränkung des gewerkschaftlichen Aktionsfeldes (nationalsozialistische Variante: Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933) bleibt dabei weitgehend außerhalb des Blickfeldes.

Nach statistisch untermauerten Vorüberlegungen zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeitszahlen und Wahlerfolg von KPD und vor allem NSDAP, zur Beschäftigung der Kabinette seit 1930 mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und zur Zahl der von einzelnen Interessengruppen vorgelegten Eingaben an die Regierung zu Fragen der Wirtschaftspolitik wird zunächst die Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Brüning bis Hitler (1930—34) geschildert (Teil I). Dabei wird der Regierung Brüning attestiert, sie habe »sich im allgemeinen an der volkswirtschaftlichen ›Effizienz‹ und — wie 1930 — an dem Ziel einer staatlichen Mittlerrolle« (S. 65; siehe auch S. 55 f.) — zwischen den untersuchten Interessengruppen, aber auch zwischen organisierter Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft — orientiert. Bedenkt man jedoch das Eintreten der Gewerkschaft für Arbeitsbeschaffung, für Arbeitszeitverkürzung und Lohn- bzw. Kaufkraftstabilisierung, so mag angesichts des Scheiterns dieser Forderungen die »Vermittlerrolle«, d. h. die Kompromißbereitschaft, der Regierung Brüning in einem anderen Licht erscheinen. Ähnlich problematisch sieht die Beurteilung der Politik Papens aus, die auch Wolffsohn offenbar durchaus ambivalent einschätzt; während er die Arbeitsbeschaffungspolitik zunächst als »nicht einseitig unternehmerfreundlich« (S. 187) eingestuft sehen will, nennt er sie abschließend »sicherlich unternehmerfreundlich« (S. 369). Dennoch meint er — ohne konkrete Belege — »aufgrund der bearbeiteten Quellen nicht umhin« zu können, das »im allgemeinen negative Urteil über die Sozialpolitik der Regierung Papen in Frage zu stellen« (S. 97). Er wendet sich konkret gegen die Einschätzung Leiparts, nach der Papens Politik als »sozialreaktionär« und als »Klassenkampf von oben« angesprochen werden müßte. Worauf Wolffsohn — angesichts von notverordneter Senkung der

Sozialleistungen und Möglichkeiten der Tariflohnunterschreitung einerseits, angesichts von Mehrbeschäftigungsprämien und Steuergutscheinen für die Privatwirtschaft andererseits — sein Urteil gründet, bleibt offen. Durch die Begrenzung des Blicks vor allem auf die (zivile) Arbeitsbeschaffung verstellt sich Wolffsohn auch die Möglichkeit, die Politik des Kabinetts Hitler umfassend einzuschätzen; denn weder die Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung noch die Aufrüstung werden systematisch in die Fragestellung der Untersuchung einbezogen. So bleibt als Grundthese festzuhalten: »Politik im Sinne der Unternehmer? Gewiß! Aber Politik durch die Unternehmer oder im Auftrag der Unternehmer? Gerade dafür gibt es in den Akten der Regierung und ihrer Bürokratie keine oder nur wenige Hinweise.« (S. 114). Warum das Kabinett Hitler jedoch eine »Politik im Sinne der Unternehmer« betrieben hat, wird nicht erläutert.

Dieses Ergebnis — kein konkreter Einfluß der untersuchten Wirtschaftsgruppen auf die Arbeitsbeschaffungspolitik — wird im zweiten Teil durch Detailanalyse der Stellungnahmen und Aktionen von BDI und VDA, DIHT, Schwerindustrie, chemischer Industrie, der »mittleren Industrie« und der Zentral- und Regionalorganisationen des Handwerks unterstrichen. Neue Ergebnisse finden sich vor allem in der Untersuchung von Bauindustrie und Handwerk, deren Nutzen aus der Arbeitsbeschaffungspolitik — als sie in großem Stile durchgeführt wurde — deutlich herausgestellt wird; daß — dank der Aufrüstung — indessen auch Schwerindustrie und Chemie nicht leer ausgingen, daß sich die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln mit der nationalsozialistischen Machtübernahme, hier konkret: mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, geändert hatten, daß die Profite — im Gegensatz zu den Löhnen — in der Folgezeit anstiegen, das alles bleibt — wenn es erwähnt wird — für die Argumentation Wolffsohns unwesentlich. Nur die weitgehende Unterbelichtung der Politik der Gewerkschaften als den »Interessenkontrahenten« der drei Wirtschaftsgruppen kann die gegenstandslose Feststellung — für die Zeit der Regierungen Papen und Schleicher — erklären: »So lange nämlich Gewerkschaften bestanden, konnte Arbeitsbeschaffung nicht gegen sie betrieben werden.« (S. 384). Denn eher scheint es so, als seien die Vertreter privatwirtschaftlicher Interessen nicht geneigt gewesen, eine staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik zu unterstützen, solange (autonome) Gewerkschaften bestanden. Für Wolffsohn steht jedoch auch in der zusammenfassenden Schlußbetrachtung fest: »Es bleibt dabei: Den politischen und wirtschaftlichen Kurs der Arbeitsbeschaffung bestimmten die politisch Mächtigen und nicht die führenden Männer der Wirtschaft.« (S. 375).

Michael Schneider

Staat und NSDAP 1930—1932. Quellen zur Ära Brüning, eingel. von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: Die Weimarer Republik, Bd. 3), Droste Verlag, Düsseldorf 1977, LXXXIX, 350 S., Ln., 120 DM.

Während in der bisherigen Forschung zum Nationalsozialismus überwiegend den Personen, Gruppen oder Konstellationen nachgegangen worden ist, die den Aufstieg der Partei bewirkt oder ermöglicht haben, ist die Frage nach den Kräften und den juristischen Instrumentarien, die diesen Aufstieg einzudämmen suchten, in den Hintergrund getreten. Diese Lücke will die vorliegende Dokumentation zu schließen helfen. Anhand ausgewählter Materialien aus den Innenministerien des Reichs und der Länder, insbesondere aus den Akten des sog. Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (1929 in Nachrichtensammelstelle des RMdI umbenannt), und aus verschiedenen Nachlässen etc. wird gezeigt, daß seit Anfang 1930 in wachsendem Umfang Informationen über die NSDAP gesammelt und aus-